

Bericht des Dezernenten, Herrn Stadtkämmerer Molitor zum Thema „Sachstand Digitalisierung bei der Stadt Leverkusen“

Termin Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschusses
Ort: Rathaus, Friedrich-Ebert-Platz , 5. OG, Ratssaal
Zeit: 28.03.2022; 17:00 Uhr

Digitalisierung Insgesamt

Eine Umstellung auf digitale Verwaltungsarbeit ist in jeder Kommune ein sukzessiver Veränderungsprozess. Die Stadtverwaltung Leverkusen liegt im guten Mittelfeld im interkommunalen Vergleich.

Die aktuelle Lage zur Aufnahme der Kriegsflüchtlinge und zusammenhängende erneute Krisenbewältigung für die Stadtverwaltung Leverkusen führt zur Anforderung, den Digitalisierungsprozess in Rücksichtnahme der vorhandenen Ressourcen anzupassen. Aufgrund des grundsätzlich agil angelegten Projektvorhabens, justiert der FB04-Digitalisierung hier aktuell nach und gibt dem Verwaltungsvorstand eine Empfehlung zur weiteren Realisierung.

Zur stadtinternen Koordination sowie Steuerung der unterschiedlichen Projektfortschritte und -anforderungen hat der FB04 eine Projektorganisation und Steuerungsgruppe unter Beteiligung der zentralen Verwaltungsstellen initialisiert. Gleichzeitig wurden Beschaffungs- und Dokumentationsprozesse insbesondere zu den Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) angepasst. Gemeinsam mit dem neuen Datenschutzbeauftragten der Stadt Leverkusen sowie dem Informationssicherheitsbeauftragten wird hier flankierend strukturiert und professionalisiert.

Handlungsfeld: Moderne Arbeitsformen (Mobiles Arbeiten)

Der Schwerpunkt im Handlungsfeld Moderne Arbeitsformen lag pandemiebedingt zunächst auf der Ermöglichung von Home-Office. Zwischenzeitlich konnten in der Kernverwaltung, der KSL sowie dem SPL insgesamt 1.069 Mitarbeitende befähigt werden, von zu Hause aus zu arbeiten. Insgesamt ergibt sich inkl. der zuvor bestehenden 110 Telearbeitsplätze eine Zahl von **1.179 Home-Office-Arbeitsplätzen** bei 2.266 Büroarbeitsplätzen in den o.g. Organisationseinheiten. Restliche Home-Office-Anträge befinden sich derzeit noch in Bearbeitung.

Die Dienstvereinbarung Mobile Arbeit ist zum 01.01.2022 in Kraft getreten. Zielsetzungen dieses Regelwerks sind die Stärkung der Flexibilisierung, die Förderung der Vertrauenskultur sowie der Ergebnisorientierung, die Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität, der Umweltschutz, das Ressourcenmanagement und die Inklusion. Bereits bestehende Home-Office-Plätze sollen sukzessive in Plätze gem. der Dienstvereinbarung überführt und die Hardware noch standardisierter eingesetzt werden. Hinzukommend zum pandemiebedingten Home-Office haben die Mitarbeitenden die Möglichkeit, auf Wunsch Peripheriegeräte (u.a. Monitor, Maus, Tastatur) für den Arbeitsplatz im häuslichen Umfeld zu erhalten. Die Umsetzung dieser Ausrüstung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Gleichzeitig konnte eine Modernisierung durch Ablöse der alten Hardware mit mittlerweile 939 Notebooks und 253 Tablets (zumeist iPads) erreicht werden. Weitere Anschaffungen zum mobilen Einsatz sind in Planung.

Jüngst hat der Verwaltungsvorstand beschlossen, über einen Förderantrag die Ausstattung von neun Besprechungsräumen mit Videokonferenzsystemen zu realisieren.

Um das Arbeitsfeld Mobile Arbeit weiter voranzubringen und die städtischen Büroräume und Flächen in den Blick zu nehmen, wurde unter Federführung des FB 04 in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe (u.a. FB65 – Gebäudewirtschaft und der Personalrat) ein Workshop zum Thema „moderne Raumkonzepte“ durchgeführt. Die in dem Workshop erarbeiteten und abgestimmten Ziele münden in ein Arbeitspapier, das als Grundlage für die Hinzunahme einer externen Beratung zur Weiterentwicklung der Raumkonzepte der Stadtverwaltung Leverkusen dienen soll.

Aktuell befindet sich das Projekt ‚**Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS)**‘ in der Vergabephase: Die Bieterpräsentationen wurden im Dezember 2021 durchgeführt und beurteilt. Durch die ivl werden nun alle formalen Schritte des Vergabeverfahrens gewahrt, um der Stadt Leverkusen innerhalb der vergaberechtlich bindenden Rahmenbedingungen ein Angebot zu unterbreiten. Eine Befassung im Rat am 20.06.2021 ist geplant. Ein **Projektstart im Sommer 2022** mit den Einführungspiloten ist anvisiert.

Das Bewerbungsverfahren zur Projektleitung des DMS ist erfolgreich abgeschlossen worden, sodass der Stelleninhaber im Juni 2022 den Dienst aufnehmen wird. Die fachlich ergänzende Stelle der Projektkoordination ist aktuell im Ausschreibungsverfahren. Insgesamt werden diese beiden Verantwortlichen sich um die Einführung des DMS wie auch die begleitenden Umsetzungsprojekte u.a. zur stadtweiten Scan-Strategie und der E-Akte kümmern. Bis zur Besetzung obliegt die Verantwortung zum Abschluss des Vergabeprozesses und erste Vorbereitungen der DMS-Einführung dem FB11 - Personal und Organisation.

In diesem Handlungsfeld ist zudem die **Einführung eines Vergabemanagementsystems** umgesetzt worden. Die Federführung hat der FB30 – Zentrale Vergabestelle übernommen und das System im Februar zur initialen Administration in Betrieb genommen. Die stadtweite Einführung wird unterstützt vom FB04, FB11 und dem FB14.

Abgeschlossen ist ebenso die **Umsetzung des Behördenpostfachs (BePo)** zur rechtssicheren behördlichen Kommunikation für die Stadtverwaltung Leverkusen in den sechs unmittelbar betroffenen Fachbereichen. Lediglich das Schulamt erhält aus ihrer gesonderten Stellung noch eine nachgelagerte Lösung

Im Rahmen der zentralen OZG-Umsetzung schließt sich die Stadtverwaltung Leverkusen dem **Land NRW zur Planung und Inbetriebnahme von Online-Diensten** an. **Das Kommunalportal ist aktuell in noch keiner NRW-Kommune „live“-geschaltet**, da die technologische Infrastruktur pro Dienst durch eine Testing- und Abnahmeschleife laufen muss. Die Online-Dienste werden den Verwaltungen somit auch nicht alle zeitgleich zur Verfügung stehen, sondern sukzessive auf dem Kommunalportal zur Live-Schaltung bereitgestellt. Leverkusen gehört zu den Kommunen, die das zentrale Landesvorgehen sogar durch vereinzelt Pilotierungen u.a. im FB 33 (Standesamt) sowie FB 36 (Zulassung und Fahrerlaubnisse) bei den Antrags-Diensten unterstützt, in Gänze aber auf die Bereitstellung der Online-Dienste wartet.

Die IT-Infrastruktur des Kommunalportals samt Testplattform ist für die Stadtverwaltung Leverkusen aktiviert worden. Vorbereitungen in dieser Administrationsumgebung werden seit Ende 2021 kontinuierlich vorgenommen, ebenso wie parallel die Verknüpfung der Schwestern-Portale des im OZG vorgegebenen Portalverbundes. Dazu gehören u.a. Online-Dienste des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, des Bau-Portals.NRW und der Sozial-Plattform. Für Verwaltungsdienstleistungen, bei denen ein Online-Bezahlvorgang vorgesehen ist, hat die Stadtverwaltung Leverkusen die E-Payment-Plattform Bund-Länder (ePayBL) befähigt. Dies ist im Rahmenvertrag des Kommunalportals, welcher über die ivl abgeschlossen wurde, und dem zugehörigen IT-Konzept als ePayment-Lösung vorgesehen. Zur Umsetzung und dem Controlling der bisher analogen Bezahlverfahren ist der FB20 – Finanzen in Zusammenarbeit mit dem FB04 und den pro Antrags-Dienst betroffenen Fachbereichen verantwortlich. Was für den Antragstellenden so nutzerfreundlich wie möglich mit dem Online-Dienst angeboten werden soll, bedeutet aber eine gründliche Vorbereitung von Technik und Abläufen im Rahmen der für kommunale Dienstleistungen geltenden Gesetze.

In 2021 hat das NRW-Wirtschaftsministerium das Gesetz zum Portal für wirtschaftsbezogene Verwaltungsleistungen (Wirtschafts-Portal-Gesetz Nordrhein-Westfalen NRW) eingeführt und der Stadtverwaltung Leverkusen erste Online-Anträge im Gewerbebereich zur behördlichen Bearbeitung eingerichtet. Es folgen nach und nach weitere wirtschaftsbezogene Dienste.

Aufgrund von Adhoc-Bedarf wurde auch das Angebot Online-Terminvereinbarung (Corona-Testung, Impfen, Bürgerbüro) innerhalb des Gesamtvorgehens vorgezogen. Der überwiegende Teil der OZG-Umsetzung wird erst in 2022 sichtbar. **Über das Kommunalportal werden die Leverkusener Bürgerinnen und Bürger erste OZG-Verwaltungsdienstleistungen sowie bereits bestehenden Dienste voraussichtlich ab der Jahresmitte 2022 beantragen können.** Insgesamt wird ein großer Teil der Leistungen im Fachbereich Ordnung und Straßenverkehr sowie im Fachbereich Bürger und Integration umgesetzt werden.

Der zunehmenden Gefahr eines schweren IT-Sicherheitsvorfalls tritt die Stadt mit einem **mit der ivl abgestimmten Eskalationsprozess** entgegen. Hiernach bleibt die Stadt auch für den Fall, dass kurzfristig die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung grundlegend bedroht ist, zahlreiche Datensätze mit vertraulichen Daten abgeflossen sind oder abzufließen drohen oder wenn die Ausspähung, Manipulation oder Zerstörung von Daten Gegenstand erpresserischer Handlungen gegen die Stadt ist, handlungsfähig. Dies erlaubt weitreichende Maßnahmen mit Bezug zur IT, bspw. eine Notfallabschaltung der Systeme.

Um das Sicherheitsniveau der Stadt sukzessive auf ein angemessenes Niveau zu heben, hat der Verwaltungsvorstand den FB04 mit der **Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung der Informationssicherheit** beauftragt. Das Konzept umfasst die Umsetzung von 17 zentralen Maßnahmen im Jahr 2022, hierunter die Auseinandersetzung über ein Business Continuity Management.

Die Aufgabe der Gigabitkoordination und das geförderte Projekt zum Ausbau von glasfasergebundenem Internet in Leverkusen ist seit dem 1. Oktober 2021 im neuen Fachbereich Digitalisierung angesiedelt. Nach einer Vakanz in den letzten Monaten hat **seit dem 1. Februar 2022 Jan Sitterberg die Nachfolge von Gigabitkoordinatorin Sarah Kotterba** übernommen, die die Stadtverwaltung im Herbst des vergangenen Jahres verlassen hat.

Im Rahmen des Programms werden **1.376 Privathaushalte, 214 Unternehmen, ein Krankenhaus und 34 Bildungseinrichtungen an das gigabitfähige Glasfasernetz** angeschlossen. Für den Bau des Netzes verlegt die EVL rund 82 Kilometer Glasfaserkabel und 49 Kilometer Leerrohre neu, während weitere 23 Kilometer bereits vorhandener Infrastrukturen zum Ausbau mitgenutzt werden. Die NetCologne schließt im zweiten Schritt die aktive Technik an das Netz an und betreibt dieses im Anschluss.

Der Ausbau im Sonderprogramm Gewerbegebiet im Friedenstal ist bereits durchgeführt und die Gebäude sind an das Glasfasernetz angeschlossen.

Der Ausbau des Gesamtstadtgebiets schreitet ebenfalls weiter voran. Die im März 2021 gestarteten Tiefbauarbeiten in den Stadtteilen Bergisch Neukirchen, Bürrig, Hildorf, Küppersteg, Opladen und Rheindorf sind abgeschlossen. Nun startet im März 2022 die zweite Bauphase mit den Stadtteilen Alkenrath, Manfort, Schlebusch und Steinbüchel sowie Lützenkirchen, Quettingen und Wiesdorf. Ende des Jahres sollen auch diese Tiefbauarbeiten fertiggestellt sein.

Die **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Kreise und kreisfreie Städte zur Förderung von Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren für den flächendeckenden Ausbau von Mobilfunknetzen** vom 9. Juli 2021 ermöglicht Kreisen und kreisfreie Städte in NRW eine Festbetragsfinanzierung mit Höchstbetragsbegrenzung auf 210.000 Euro für 36 Monate **für eine befristete Stelle „Mobilfunkkoordination“**.

Der Fördermittelgeber sieht den systematischen, flächendeckenden Internetausbau als Zusammenspiel von kabel- wie funkbasierter Technologie. Der Mobilfunkausbau an sich liegt in privatwirtschaftlicher Hand, wird als kommunales Ausbaivorhaben auch nicht gefördert. Der Bedarf einer Koordination nimmt aber zu. **Folgerichtig beabsichtigt der Fachbereich Digitalisierung sich um die Fördermaßnahme zu bewerben und die Funktion „Mobilfunkkoordination“ ergänzend zur Stelle des Gigabitkoordinators einzurichten.** Diese Absicht ist mit den weiteren betroffenen Fachbereichen 02 - Konzernsteuerung, 63 - Bauaufsicht und 61 - Stadtplanung bereits abgestimmt und soll zur zentralen Koordination zwischen den Zuständigkeiten und einem Gesamtvorhaben beitragen. Die Stelleneinrichtung sowie das Ausschreibungsverfahren ist beim FB11 angemeldet, da eine Bewerbung um die Förderung nur mit konkreter Einstellungsbeabsichtigung einer geeigneten Person erfolgen kann.

Die in den vergangenen drei Jahren vom Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) ausgerufene Förderung „Modellprojekte Smart Cities“ wurde in 2022 nicht fortgeführt. Der FB04 hatte sich im Laufe des Jahres durch Sichtung im interkommunalen Austausch auf dem aktuellen Stand gehalten. Gleichzeitig ist die Bestands- und Bedarfsaufnahme u.a. bei der EVL zum „Testprojekt intelligenten Beleuchtung“ sowie durch verwaltungsinterne Austausche u.a. mit dem neuen FB31 – Mobilität und Klimaschutz und dem FB62 - Kataster und Vermessung (3D-Stadtmodell, Sensorik) weiter fortgeschritten.

Zur Unterstützung bei der Entwicklung und Implementierung einer Smart City-Strategie schreibt der FB04 Ende März 2022 eine unbefristete Stelle zur „Projektkoordination Smart City“ aus. Diese soll die Koordination in einem Projektaufbau und -ablauf zusammen mit den entsprechenden Akteur*innen sowie Verzahnung des Vorhabens im Einklang mit den bisherigen Konzepten der Stadt, insbesondere der E-Government-Strategie sowie des Mobilitätskonzepts und der nachhaltigen Stadtentwicklung, übernehmen. Auch unabhängig von einem Förderprojekt soll die Begleitung des Aufbaus unterschiedlicher Anwendungsfälle im „digitalen Ökosystem“ der Stadt Leverkusen, die notwendige Dateninfrastruktur sowie das Zusammenführen in eine Smart City-Strategie angeschoben werden.

Dezernat II, Fachbereich 04 – Digitalisierung

Gez. Simona Ruch

☎ 0124 406 24 02